

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch

ZÜRICH

Swisscom gibt Daten ihrer Kunden weiter

Ab dem 1. April übermittelt die Swisscom anonymisierte Kundendaten an die Werbeplattform Admeira, welche sie zusammen mit Ringier und der SRG unterhält. Swisscom betont, dass sie nur anonymisierte Angaben zum Geschlecht, zur Altersgruppe und zur Wohnregion weitergibt. «Es ist kein Rückchluss auf die Person möglich», sagte Swisscom-Sprecherin Annina Merk gestern auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Kunden können der Nutzung ihrer Daten aber widersprechen, mit wenigen Klicks im Online-Kundencenter. (sda)

ZÜRICH

Noch Jahrzehnte bis zur Lohngleichheit?



Nicht nur wehende Protestfahnen, sondern vor allem politischer Wille, weibliche Zähigkeit und aus gefahrene Elbbogen sind gefragt, wenn Frauen mit Hochschulabschluss endlich gleich viel verdienen wollen wie Männer. Die Studie «Getting equal 2017» des Beratungsunternehmens Accenture nimmt anlässlich des gestrigen Weltfrauentags die Frauen selbst in die Pflicht: Wenn sie Erfolg haben wollen, müssen sie männliche Verhaltensweisen übernehmen, lautet der Tenor. Zudem sind Frauen aber darauf angewiesen, in diesen Bemühungen von der akademischen Welt, den Unternehmen und den Regierungen unterstützt zu werden. Erst dann sind laut Studie die Voraussetzungen gegeben, dass Frauen, die 2020 in Industrieländern wie der Schweiz ihren Hochschulabschluss machen, etwa ab dem Jahr 2044 gleich viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen. (sda)

HONOLULU

Hawaii klagt gegen Trumps Einreisestopp

Der US-Bundesstaat Hawaii geht gegen das neue US-Einreiseverbot für Bürger aus mehreren muslimischen Staaten vor. Hawaii werde eine einstweilige Verfügung gegen Präsident Donald Trumps Dekret beantragen, das verfassungsrechtliche Mängel aufweise, teilte der Staat am Dienstagabend mit. Trump hatte am Montag ein neues, entschärftes Dekret unterschrieben, nachdem der erste Versuch an der US-Justiz gescheitert war. (sda)

Auf dem Laufenden bleiben

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert.

Online suedostschweiz.ch
Facebook [Zeitung Südostschweiz](#)

Twitter [@suedostschweiz](#)
Instagram [so_bildredaktion](#)

Eine Analyse zur Stellung der SRG vor dem Abstimmungskampf

No Billag: Bedrohliche Situation wird verkannt

Kein einziger Ständerat will die Radio- und TV-Gebühren abschaffen. Die Stimmbevölkerung von einem Ja zur so verlockenden wie verhängnisvollen Initiative abzuhalten wird viel schwieriger.

von Dennis Bühler

Zehn Minuten nachdem der Ständerat gestern die Volksinitiative zur Abschaffung der Billag-Gebühren einstimmig abgelehnt hatte, landete das Schweizer Fernsehen SRF einen Marketingcoup. «Die Erfolgsgeschichte geht weiter: Im Sommer starten die Dreharbeiten zur sechsten Staffel der erfolgreichen SRF-Krimiserie 'Der Bestatter'», hieß es per Twitter und Pressemitteilung vom Leutschenbach. Die Nachricht diente auch als Warnhinweis. Als wollten die TV-Verantwortlichen ins Land rufen: Wenn ihr, werte Stimmbürger, wider jede Vernunft und euer Eigeninteresse Ja sagt zur No-Billag-Initiative, wird Mike Müller alias Luc Conrad nicht länger Kriminalfälle aufklären. Denn dann wird es überhaupt keine SRG mehr geben.

Der neue Generaldirektor Gilles Marchand, der sein Amt im Oktober antreten wird, liess daran unlängst keinerlei Zweifel: «Wenn die Initiative angenommen wird, endet unsere Existenz. Dann löschen wir das Licht, schliessen die Tür und gehen hinaus.» Das ist plausibel. Denn tatsächlich ist nicht vorstellbar, wie die SRG ihrem Verfassungsauftrag genügen könnte, müsste sie ihr Angebot plötzlich ausschliesslich mit Werbeeinnahmen finanzieren: Was auf Deutsch vielleicht noch ginge, ist auf Französisch und erst recht auf Italienisch und Rätoromanisch illusorisch. Um ein Votum des Bündner CVP-Ständerats Stefan Engler während der gestrigen Parlamentsdebatte aufzunehmen: Die Billag-Gebühren auf null zu senken, hiesse, einen Scherbenhaufen in Kauf zu nehmen.

Der SRG droht eine «blutige Nase»

Vom Bundesrat über den kompletten Ständerat bis hin zur überwiegenden Mehrheit der Nationalräte teilen alle diese Analyse. Doch was tun die Politiker? Anstatt alles zu unternehmen, um diesen Scherbenhaufen zu vermeiden, nehmen sie die No-Billag-Initiative auf die leichte Schulter. Zwar wurde die SRG gestern in der kleinen Kammer durchaus kritisiert: Der Glarner SVP-Ständerat Werner Hösli etwa riet ihr, sich «in der Hoch-zu-Ross-Position nicht allzu sicher zu fühlen», weil sie sich bei der Abstimmung sonst «eine blutige Nase» holen werde; und sogar Bundesrätin Doris Leuthard empfahl, bescheidener aufzutreten.

Bei dieser Stilkritik aber beliessen es alle Politiker. Kein einziger Ständerat sprach sich für die No-Billag-Initiative oder die Erarbeitung eines Gegenvorschlags aus. Nur: Während Ersteres aus staatspolitischer Räson nachvollziehbar ist, ist Zweiteres fahrlässig. Wer glaubt, die SRG überstehe den wohl im Herbst 2018 anstehenden Urnengang locker, irrt. Ein Gegenvorschlag, der das Budget der SRG spürbar, aber nicht allzu einschneidend kürzt, tut not. Wer dies verkennt, riskiert die Annahme der Initiative – und den Scherbenhaufen.



«Bescheideneres Auftreten»: Medienministerin Doris Leuthard kritisiert die SRG-Spitze, scheint den Ernst der Lage aber ebenfalls nicht wahrzunehmen.

Bild Anthony Anex/Keystone

Ein Gegenvorschlag, der das Budget der SRG spürbar, aber nicht allzu einschneidend kürzt, tut not. Wer dies verkennt, riskiert die Annahme der No-Billag-Initiative – und den Scherbenhaufen.

Alternativ zu einem Gegenvorschlag, der bloss die Gebühren senkt, müsste ein Systemwechsel ernsthaft geprüft werden: Sollen nicht nur die SRG-Radiostationen und Onlineportale auf Werbung verzichten müssen, sondern zumindest zu bestimmten Zeiten auch die TV-Sender? In Deutschland sind öffentlich-rechtlichen Anstalten ab 20 Uhr Werbeunterbrechungen untersagt. Führte man eine ähnliche Regelung auch in der Schweiz ein, bliebe den privaten Stationen ein grösserer Anteil am Werbekuchen. Im Gegenzug könnten allenfalls die Ketten gelöst werden, die der SRG im Onlinebereich noch immer umgelegt sind. Im Zeitalter von Fake News und einem international tobenden Informationskrieg macht eine Beschränkung von Nachrichten auf eine Maximallänge nämlich keinen Sinn mehr. Vielmehr müssen die Bevölkerung und vor allem junge Menschen dort «abgeholt» werden, wo sie sich informieren: im Internet.

Wachsendes Misstrauen gegen alle Medien

Die Situation ist bedrohlich. Auch wenn die Umfrage, die die letzten zwei Tage auf «20min.ch» lief, nicht repräsentativ ist: Auf die Frage, ob SRF und die gebührenfinanzierten Lokalsender «für unser Land wertvoll sind», antworteten bis gestern Abend 68 Prozent der rund 8500 Teilnehmer «Nein, der Gesellschaft ginge es ohne SRF genauso gut».

Von wachsendem Misstrauen ist nicht nur die SRG, sondern alle Medien betroffen. Die Rezepte dagegen klingen einfach, sind es aber nicht immer. Sie lauten: Anpassungsfähigkeit, Transparenz, Demut, Qualität. Der «Bestatter» alleine reicht nicht.

Klima der Angst in Bern und Zürich

Die Angst vor der Gewalt nimmt in der Schweiz zusehends Überhand: In Zürich fällt ein geplantes Podiumsgespräch aus, in Bern ist eine Kundgebung abgesagt worden.

Am 18. März wird auf dem Bundesplatz in Bern keine Kundgebung mit dem Titel «Wir sind direkte Demokratie» stattfinden. Das Organisationskomitee des Vereins «Brennpunkt Schweiz» hat die Kundgebung abgesagt. In einer Medienmitteilung begründete der Verein gestern die Absage mit der «massiven Gewaltandrohung» linksextremistischer Kreise. Es dürfe nicht sein, dass aufgrund einer friedlichen Kundgebung Menschenleben auf dem Spiel ständen, sagte ein Vertreter an einer Medienkonferenz in Bern.

Das Komitee habe den Entscheid schon vor einer Woche getroffen, aber zuerst Direktbetroffene, etwa die vorgesehenen Lieferanten, informieren wollen. Das Komitee habe den Entscheid eigenständig gefällt, ohne Einwirkung von aussen.

Mit der Kundgebung wollte der Verein für eine starke Demokratie und eine unabhängige Schweiz demonstrieren. Den Kundgebungsaufruf begründete er mit der Masseneinwanderungsinitiative, die nicht gemäss dem Volkswillen umgesetzt werde.

Aus Sicht des Stadtberner Sicherheitsdirektors Reto Nause bleibt die Situation aber «verworren», wie er gestern auf Anfrage sagte. Nach wie vor gebe es diverse Aufrufe zu Kundgebungen am 18. März. Er gehe davon aus, dass die Stadt Bern deshalb an diesem Tag keine Kundgebung bewillige.

Gessnerallee sagt Podiumsdiskussion ab

In Zürich grässt ebenfalls die Angst: Das Podium «Die neue Avantgarde» mit dem Deutschen AfD-Politiker Marc Jongen im

Theater Gessnerallee wird nicht stattfinden. Die Veranstalter begründen die Absage mit dem erhöhten Sicherheitsaufwand, der betrieben werden müsste. Die Veranstaltung, die für den 17. März geplant war, ist im Vorfeld auf grosse Kritik gestossen.

«Die Gessnerallee Zürich ist weiterhin der Meinung, dass Veranstaltungen wie ein solches Podium an einem Ort wie der Gessnerallee stattfinden können müssen», schreiben die Veranstalter in ihrer Mitteilung auf der Webseite des Theaters. Als Grund für die Absage der Podiumsdiskussion mit AfD-Mann Jongen, Olivier Kessler vom Liberalen Institut Zürich, dem Kunsthistoriker und Journalisten Jörg Scheller sowie Laura Zimmermann von der Operation Libero, macht auch die Gessnerallee Sicherheitsbedenken geltend. (sda)